

presse

Pflege nur noch durch Akademikerinnen und Akademiker?

Anlässlich der Veröffentlichung des Entwurfs einer Modernisierung der Richtlinie 2005/36/EG über die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen durch die EU-Kommission erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Mechthild Rawert:

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, zügig eine generalistische und gebührenfreie Erstausbildung umzusetzen. Nur so kann die Attraktivität der Pflegeausbildung als auch die Beschäftigung im breiten Feld gesteigert werden, sagt Mechthild Rawert anlässlich eines EU-Richtlinienentwurfs über die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Eine zwölfjährige Schulausbildung oder ein Äquivalent als Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege dient der von Berufsfachverbänden seit langem geforderten Aufwertung des Berufsfeldes. Auf der anderen Seite stößt die entsprechende Empfehlung der EU-Kommission im Entwurf der Neufassung zur Modernisierung der Richtlinie 2005/36/EG zur automatischen Anerkennung des Berufsabschlusses Gesundheits- und Krankenpflege und der Hebammen beziehungsweise Geburtshelfer in Deutschland auf bildungspolitische Rahmenbedingungen, die diesen neu geforderten Aus- und Weiterbildungsstrukturen nicht entsprechen. Gleiches gilt für die Tarif- und Beschäftigungsstrukturen in Krankenhäusern, Reha-Einrichtungen und im ambulanten Dienst. Träger befürchten mit dieser Neuregelung einen zunehmenden Fachkräftemangel in der Pflege. Um den langfristigen

Fachkräftebedarf in der Pflege zu decken, müssten im Jahr 2030 bis zu 30 Prozent der Jungen und Mädchen eines Abiturjahrgangs eine Berufsausbildung in der Pflege beginnen. Dies wird schwer zu erreichen sein.

Angesichts der zunehmenden Professionalisierung und Spezialisierung ist es unumgänglich, dass auch der Anteil akademisch ausgebildeter Pflegefachkräfte in Deutschland steigt. Dass die auch im europäischen Ausland hoch geschätzte berufsfachschulische in der Regel dreijährige Pflegeausbildung mit der Mindestzugangsvoraussetzung einer zehnjährigen Schulausbildung allerdings auf diese Weise eine Abwertung erfährt, halte ich für Deutschland auf absehbare Zeit für keinen praktikablen Weg. Um die Attraktivität der Pflegeausbildung als auch der Beschäftigung im breiten Feld der Pflege zu steigern, ist die Bundesregierung aufgefordert, zügigst eine generalistische und gebührenfreie Erstausbildung umzusetzen.

Die Zusammenführung der bisherigen drei Ausbildungen der Gesundheits-, Kinderkranken- und Altenpflege. Eine generalistische Erstausbildung mit anschließenden Einstiegsmöglichkeiten in allen Feldern des Gesundheitswesens und der Pflege ist geeignet, professionelles Handeln für viele Pflegesituationen, zum Beispiel in der Gesundheitsförderung, im stationären oder ambulanten Bereich, in der Rehabilitation oder im Hospiz, zu gewährleisten. Die Evaluationen der Modellprogramme der vergangenen Jahre haben dies eindrucksvoll gezeigt.

Gute Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie braucht deshalb eine solidarische und solide Finanzierung, die auch die Attraktivität der Berufsfeldes steigern hilft. Als SPD-Bundestagsfraktion fordern wir deshalb auch für die Pflege: Die Ausbildung muss gebührenfrei sein und das vielfach noch geforderte Schulgeld abgeschafft werden. ArbeitgeberInnen dürfen sich nicht vor Ausbildungskosten drücken. Zu prüfen ist deshalb eine bundeseinheitliche Ausbildungsplatzumlage und eine Umlagefinanzierung, gegebenenfalls auch mit Steuermitteln.